



Rundbrief

Juli 2019



Kirche St. Kaneo, Ohrid

Bild Christoph Lanz

Liebe Leserinnen und Leser

Dieser Rundbrief legt einen Schwerpunkt auf Nordmazedonien. Warum? Weil die von der SHV initiierte Sommerschule für Schülerinnen und Schüler im Westbalkan dieses Jahr in Ohrid, Nordmazedonien stattfinden wird. Unser Vizepräsident **Malcolm MacLaren** beschreibt das Konzept der Sommerschule Challenge History 3.

Die Schweiz engagiert sich schon seit vielen Jahren in Nordmazedonien. Lesen Sie den Artikel von **Botschafterin Sybille Suter Tejeda**. Ein zentrales Projekt betrifft die Unterstützung des Parlaments von Nordmazedonien. Dieses hat in den letzten Jahren dank einem Projekt der DEZA und mit Hilfe der Schweizer Parlamentsdienste ein Parlamentsinstitut aufgebaut, welches die Transparenz und Zugänglichkeit des Parlaments für Bürgerinnen und Bürger verbessern soll. **Srdan Dragojevic, Mitarbeiter der DEZA** und **Catherine Ochsenbein, früher Leiterin der Parlamentsbesuche in den Parlamentsdiensten** orientieren darüber. Aus dem ersten Bericht geht auch hervor, dass sich die Zusammenarbeit mit dem nordmazedonischen Parlament auf weitere Bereiche der Parlamentsreform ausdehnen wird. Unser Vorstandsmitglied **Nicholas Rüegg** schildert zum Schluss, wie es zur Einigung zwischen Griechenland und Nordmazedonien im Namensstreit kam. Dieser Konflikt hatte eine Integration Nordmazedoniens in Europa stark behindert und seine Lösung lässt die Hoffnung zu, dass dieses Land sich auch in anderer Hinsicht im Sinne der OSZE-Grundsätze entwickeln kann.

Weniger optimistisch kann man sein, was die Ukraine betrifft. **Nationalrätin Margret Kiener Nellen** war als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Vorsitzende des ständigen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen mehrmals in der Ukraine. Sie schildert ihre Erfahrungen als Wahlbeobachterin und als Leiterin einer Menschenrechtsmission. Zu Recht fordert sie, dringend die Situation der Bevölkerung im Osten der Ukraine zu verbessern.

Zuletzt laden wir Sie ein, am 4. September 2019 an unsere **Jahresveranstaltung** zu kommen. Wir versprechen Ihnen einen spannenden Abend mit viel Frauenpower vor den Wahlen in das Schweizer Parlament!

Wir wünschen Ihnen einen schönen Sommer!

Christoph Lanz, Präsident

PROJEKT ‚CHALLENGE HISTORY 3‘ 2019

Wir haben Sie im Rundbrief vom Oktober 2018 über die erfolgreiche Sommerschule „Challenge History 2“ informiert, welche in Prizren (Kosovo) letztes Jahr stattgefunden hat (vgl. auch <https://www.facebook.com/challengehistory/>). Unterdessen laufen die Vorbereitungen für das Projekt ‚Challenge History 3‘.

In diesem Jahr wird das Bildungsprojekt für Jugendliche vom Mazedonischen Helsinki Komitee MHC geleitet. Die Schweizerische Helsinki Vereinigung SHV ist primäre Partnerorganisation (wie auch das Forum Ziviler Friedensdienst, Forum ZFD). Im Juli wird die dritte Sommerschule in Ohrid (Nordmazedonien, NMK) stattfinden, gefolgt von Folgeaktivitäten im Westbalkan (WB).

Das Hauptziel von ‚Challenge History 3‘ bleibt dasselbe: das Projekt soll zu Inklusivität, Pluralismus und Transparenz beitragen, ausgerichtet auf eine friedliche, europäische Zukunft.

Nach wie vor ist der Geschichtsunterricht in den Schulen im WB äusserst nationalistisch geprägt und in der Gesellschaft bestehen weit verbreitet Feindbilder. Weiterhin gibt es wenig Kontakte zwischen SchülerInnen inner- sowie ausserhalb einzelner Länder, was die Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen und Ländern verschärft. Der Schwerpunkt des Bildungsprojekts für Jugendliche ‚Challenge History‘ ist daher die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Westbalkans (WB), Vergangenheitsbewältigung und Engagement in der dortigen Zivilgesellschaft. Es steht unter dem Motto ‚REACT FOR THE FUTURE: Reflection, Education, Action, Commitment, Together‘.



Ohrid vom Ohridsee aus
Bild © trabantos / Shutterstock

Das ‚Challenge History‘-Konzept besteht hauptsächlich aus der alljährlichen Durchführung einer Sommerschule, an der sich MittelschülerInnen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens mit der Geschichte der Region auseinandersetzen. Vom 15.-21. Juli 2019 soll die Sommerschule in einem Pfadiheim am Ohridsee (NMK) stattfinden.

Es werden 30 SchülerInnen im Alter von 17-18 Jahren aus NMK, Bosnien und Herzegowina (BiH), Kosovo, Serbien, und neu auch Montenegro (MNE) daran teilnehmen. Aufgrund einer Befragung der Beteiligten nach der letzten Sommerschule wird bei ‚Challenge History 3‘ ein stärkeres Gewicht auf Menschenrechte bzw. Diskriminierung gelegt. Die Qualität des didaktischen Programms und die Nachhaltigkeit des Projekts werden u.a. durch den Einsatz von ExpertInnen aus der Region bzw. von Teilnehmenden aus den früheren Sommerschulen sichergestellt.

Durch die Sommerschule soll das Bewusstsein der Teilnehmenden für die Vielschichtigkeit der Vergangenheit gefördert werden. Die Jugendlichen sollen ermutigt werden, sich für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu engagieren. Folgeaktivi-

täten werden in den Gemeinden der Teilnehmenden in ihren jeweiligen Ländern durchgeführt. Zusätzlich zur Öffentlichkeitsarbeit über das Projekt in den lokalen Medien sollen Aufführungen eines eigenen Theaterstücks, sowie Präsentationen in Schulen und öffentliche Podiumsdiskussionen stattfinden, so dass weitere Personenkreise im WB vom Projekt und seinen Ergebnissen erfahren.

Zusätzlich zur SHV, dem MHC und dem Forum ZFD wird das Projekt zusammen mit erfahrenen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus allen fünf Ländern ('regional implementing partners') durchgeführt. Neu beim CH3 sind das War Childhood Museum in Sarajevo (BiH) und die Grammar School Slobodan Skerovic in Podgorica (MNE).

Das Jugendprojekt will einen echten Beitrag zur Friedensbildung und Zusammenarbeit im WB leisten. Kritisches Denken und konstruktive Debatte über die regionale Vergangenheit unter SchülerInnen, sowie die Förderung grenzüberschreitender Kontakte zwischen Jugendlichen sollen zur Verständigung und zum Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen beitragen.

Bei erneut gutem Gelingen soll das Projekt 2020 in Serbien unter der Leitung des dortigen Helsinki Komitees weitergeführt werden.

Das Projekt 'Challenge History' setzt den mehrjährigen Einsatz der SHV für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Jugendlichen im WB fort. Der Vorstand der SHV ist überzeugt, dass dieses Jugendprojekt zur Friedensförderung und Zusammenarbeit im Westbalkan beitragen kann.

Die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der achttägigen Sommerschule werden mit 39'000 Euro budgetiert. Hauptsponsoren sind der Western Balkans Fund (WBF), das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie die Schweizer Botschaft in Skopje. Dafür sind wir sehr dankbar, erlauben uns aber, auch Sie, verehrte Leserinnen und Leser, um eine finanzielle Unterstützung zu bitten.

Malcolm MacLaren

PARLAMENTSUNTERSTÜTZUNG IN NORDMAZEDONIEN AN DER SCHNITTSTELLE ZWISCHEN DIPLOMATIE UND INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT

Die Schweizer Botschaft in Skopje unterstützt seit über 10 Jahren das Parlament in Nordmazedonien im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA. Die Schweiz unterstützt Nordmazedonien seit 25 Jahren auf dem Weg zur Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft und fördert damit Reformen, die das Land näher an Europa heranführen soll. Ein wichtiger Pfeiler dieser Zusammenarbeit ist die Stärkung von demokratischen Strukturen und Prozessen sowie die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit.



Sitzung des Steuerungsausschusses des Parlamentsprojektes

Bild Parliament of NMK

Das Land ist aufgrund seiner Geschichte noch relativ fragil und verfügt über wenig ausgeprägte Checks & Balances der verschiedenen Gewalten im Staat. Zudem sind die staatlichen Strukturen und Institutionen noch schwach. Das Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen, sich als Teil der Zivilgesellschaft zu verstehen und sich damit an relevanten politischen Entscheidungen zu beteiligen, ist wenig ausgeprägt.

Mit der Parlamentsunterstützung bietet die Schweiz dem Gesetzgeber in Nordmazedonien das nötige Know-how über Instrumente und Prozesse, um die komplexe Arbeit des Parlaments transparenter und effizienter zu gestalten und die Rechenschaftsablegung gegenüber den Wählern zu erhöhen. Die Schweiz bringt hier ihre eigene Erfahrung in der Parlamentsarbeit mit ein. Die Schweiz gilt in Nordmazedonien als Vorbild und Modell eines demokratischen Staates mit langer Tradition und grosser Bürgernähe und hat damit eine hohe Glaubwürdigkeit in Fragen der politischen Partizipation und Rechtsstaatlichkeit. Die DEZA legt in ihrer Projektarbeit Wert auf eine strategische und langfristige Ausrichtung der Unterstützung. Dies im Wissen darum, dass Veränderungen von Strukturen und Prozessen Zeit benötigen, wenn sie nachhaltig sein sollen. Die Schweiz ist zudem auf Unparteilichkeit bedacht und legt Wert darauf, dass das Parlament alle politischen Kräfte gleichermaßen in die Prozesse miteinbezieht.

In diesem Sinne ist die integrierte Botschaft der Schweiz in Nordmazedonien für diese Aufgabe gut positioniert. Die Botschaft verfügt über eine sogenannte integrierte Struktur und kann sowohl über diplomatische als auch über entwicklungspolitische Instrumente handeln. Die Botschafterin als diplomatische Vertreterin ist gleichzeitig auch Chefin

des DEZA/SECO Programmes vor Ort. In der Regel werden diese zwei Funktionen von unterschiedlichen Personen wahrgenommen.



Talat Xhaferi, Parlamentspräsident Nordmazedoniens zu Besuch bei NR-Präsidentin Carobbio (Juni 2019)
Bild Schweizer Parlament

Die Synergien, die sich daraus ergeben sind sowohl für die diplomatische als auch die entwicklungspolitische Arbeit von Vorteil. Als Botschafterin habe ich einen einfachen Zugang zu Behörden und Regierungsvertretern und kann dies für die Projektarbeit sehr gut nutzen. Auf der anderen Seite erlauben mir die technischen Kenntnisse des Projektes und der Prozesse im Parlament informierte Diskussionen mit politischen Exponenten in der diplomatischen Arbeit. Die Schweiz kann dadurch mit fundiertem Wissen auftreten und die demokratischen Werte unseres Landes einbringen. Die Schweiz gilt als glaubwürdige und verlässliche Partnerin von Nordmazedonien. Und kann damit einen relevanten Beitrag leisten, um das Land in eine demokratische Zukunft zu führen.

Botschafterin Sybille Suter Tejada

DAS PARLAMENT STÄRKEN HEISST DIE DEMOKRATIE STÄRKEN

Die Schweiz unterstützt seit den 90er Jahren die Länder des Westbalkans in ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transition. Unter anderem fördert sie den Demokratisierungsprozess, dies auch auf institutioneller Ebene. Neben Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien ist die Schweiz auch in Nordmazedonien engagiert, beispielsweise mit einem Projekt zur Parlamentsunterstützung (PSP).

Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime befinden sich die Westbalkanländer in der Transition hin zu einer demokratischen Gesellschaft und einer freien Marktwirtschaft. Der Systemwandel ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) setzt

gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auf bilateraler Ebene in jedem der Länder eine eigene Kooperationsstrategie um. Da die internationale Zusammenarbeit der Schweiz – gerade in Transitionsländern – einen Schwerpunkt auf die Förderung von Rechtsstaat und Demokratie legt und die verschiedenen Balkanländer mit ähnli-

chen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, beinhalten die Programme der DEZA in dieser Region ähnliche Projekte.

Die Schweizer Kooperationsstrategie 2017-2020 mit Nordmazedonien fokussiert auf drei thematische Bereiche: demokratische Regierungsführung, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung sowie Infrastruktur und Umwelt. Im Gebiet der demokratischen Regierungsführung hat das Land seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 grosse Fortschritte gemacht. Nichtsdestotrotz hatte sich

der Reformprozess während der Zeit der alten Regierung verlangsamt. Dies liegt vor allem daran, dass vereinzelt Parteien die öffentlichen Institutionen zu vereinnahmen und politisieren begannen – so auch die Parlamentsabläufe. Um solchen Prozessen entgegenzuwirken, setzt sich die DEZA mit Projekten zur systemischen Parlamentsreformierung ein. Ziel ist es, die Kontrollmechanismen der Parlamente gegenüber der Exekutive auszubauen, die Parlamente in ihrer gesetzgeberischen Funktion zu stärken und die Repräsentation der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern.



Konferenz zum Dialog zwischen Parlament und der Zivilgesellschaft

Bild Civica Mobilitas

In Nordmazedonien unterstützt die DEZA seit 2009 den Aufbau eines Parlamentsinstituts als Teil der Parlamentsdienste. Das Parlamentsinstitut bietet den Mitgliedern des Parlaments verschiedene Dienstleistungen an. So werden auf Anfrage beispielsweise Recherchen zu Gesetzesentwürfen durchgeführt, um den Parlamentariern faktenbasierte Argumente für den Gesetzgebungsprozess zu liefern. Gleichzeitig hat die DEZA zur Errichtung eines Archivs und einer Parlamentsbibliothek beigetragen, welche Zugang zu relevanten Informationen bieten. Damit soll die Qualität der Gesetzesdebatte und somit auch der erarbeiteten Gesetze gesteigert werden. Auch das Besuchermanagement, die Öffentlichkeitsarbeit und die Zusammenarbeit mit Schulen fällt in den Aufgabenbereich des Parlamentsinstituts. Hier konnte die DEZA stark von der Expertise der Schweizer Parlamentsdienste profitieren, welche die Umsetzung des Projektes seit 2016 unterstützen. Aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Parlamentsinstitut und des durch die 2017 gewählte Regierung wiedererstickten Reformwillens wurde vor kurzem ein neues Parlamentsprojekt beschlossen. Es betrifft nicht nur die Verwaltungsebene,

sondern strebt direkte Reformen im Parlament auf einer politischen Ebene an. Neben der Parlamentsverwaltung wird mit weiteren Organen zusammengearbeitet, um die Entwicklung des Parlaments hin zu einer professionellen und unabhängigen Institution zu fördern.

Insbesondere die Exekutive nimmt gegenüber dem Parlament nach wie vor eine dominante Rolle ein und schränkt so den freien Meinungs austausch und die Debatte im Gesetzgebungsprozess ein. Einen wichtigen Fokus legt das neue Parlamentsprojekt deshalb auf die verstärkte Einbindung und Interaktion mit der Zivilgesellschaft und auf die unabhängige Aufsicht des Parlamentes über die Exekutive.

Die Reformarbeit steht immer wieder vor neuen Herausforderungen, weshalb es einen sehr langen Atem braucht. So litt das Vertrauen der westlichen Beobachter in den Transitionsprozess nach dem Abhörskandal von 2015, bei dem systematische Wahlfälschungen und Missbräuche von staatlichen Institutionen durch die Regierungspartei nachgewiesen wurden. Dies löste im Balkanland die gröss-

te politische Krise seit 2001 aus. Mit der neuen Regierung konnte man diese Rückschläge überwinden. In der Zwischenzeit wurde auch der Namensstreit mit Griechenland einvernehmlich gelöst. Dieser frische Wind macht bezüglich des erhofften Erfolgs von PSP zuversichtlich. Die Schweiz unterstützt mit diesem und anderen Projekten die demokratischen Reformen in Nordmazedonien, um das Land in seiner europäischen Integration zu

unterstützen. Genau dies scheint im Moment wieder möglich zu sein, denn die Reformbemühungen Nordmazedoniens stossen in Brüssel auf Gehör. Man erhofft sich, dass bald erste Beitrittsverhandlungen mit der EU eingeleitet werden können.

Srdan Dragojevic

PARLAMENTSSESUCHE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ALS INSTRUMENTE DER DEMOKRATISIERUNG

Die Schweizer Parlamentsdienste (PD), namentlich das Ressort Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation beteiligte sich am Projekt der DEZA zum Aufbau des Parlamentsinstituts (PI) in Nordmazedonien. Als Leiterin der Parlamentsbesuche durfte ich die nordmazedonischen Parlamentsdienste beim Ausbau und der Entwicklung ihrer verschiedenen Angebote im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit begleiten und beraten. Zwischen November 2016 bis März 2019 fanden zu diesem Zweck je drei Besuche der betreffenden Delegationen in Bern und Skopje statt.



Sitzung des Teams PI mit der Delegation PD
Bild Nordmazedonisches Parlamentsinstitut (PI)

Beim ersten Treffen in Bern zeigte sich die Delegation aus Nordmazedonien sehr beeindruckt vom vielfältigen Angebot der Parlamentsbesuche und insbesondere auch von den eindrücklichen Besucherzahlen sowie der Nähe des Schweizer Parlaments und dessen Mitgliedern zur Bevölkerung. Genau dieses Interesse der Bevölkerung an der Arbeit des Parlaments und die Nähe zu den Parlamentsmitgliedern gehörte zu den wichtigen Zielvorgaben des PI.

Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele galt es die unterschiedlichen Voraussetzungen in der Schweiz und Nordmazedonien zu berücksichtigen. Unterschiede gibt es sowohl in politischer und organisatorischer wie auch in finanzieller und kultureller Hinsicht. Um nur einige zu nennen: Der Prozess der Demokratisierung steht in Nordmazedonien in seinen Anfängen; viele stehen diesem politischen Kulturwandel noch skeptisch gegen

über. Darauf musste besonders viel Gewicht gelegt werden. Auch tagt das Parlament in Skopje das ganze Jahr, was den Ablauf und die Häufigkeit der Führungen und weiterer Angebote erheblich beeinflusst. Zudem braucht die Einführung neuer Angebote recht viel Geduld, da sie verschiedenste Hierarchiestufen durchlaufen und eventuell noch angepasst werden müssen. Des Weiteren können es sich viele Nordmazedonier finanziell gar nicht leisten nach Skopje zu fahren, um vor Ort in die parlamentarische Arbeit eingeführt zu werden. Es galt somit zusätzliche Lösungen und Angebote zu finden, mit denen auch diese Bevölkerungsgruppe erreicht werden kann.

Eine zusätzliche wichtige Herausforderung des PI bestand darin, nebst der Entwicklung von stufenangepassten Schüler-Workshops spezielle Ausbildungsangebote für das Lehrpersonal anzubieten. Damit kann bereits in den Schulen der noch unbefriedigende Unterricht der politischen Bildung gefördert sowie an die neusten Entwicklungen und Erkenntnisse angepasst werden. Im Gegensatz zur Schweiz, wo die PD von Anfragen regelrecht überannt werden, müssen in Skopje die Schulen und die Bevölkerung vom PI aktiv angefragt werden. Dabei haben wir festgestellt, dass nicht ganze Schulklassen, sondern jeweils nur die besten Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen zu einem Workshop eingeladen wurden. Gefördert werden also vor allem diejenigen, die sich vermutlich ohnehin schon für das politische Geschehen interessieren. Will man die breite Bevölkerung erreichen, sollten aber alle Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden.

Ein weiterer Gegensatz zur Schweiz: In Skopje war man sehr bemüht, die Besuchergruppen von den Parlamentsmitgliedern fern zu halten. Das ist einer Öffnung des Parlaments und dem Austausch mit der Bevölkerung nicht gerade förderlich. Sicher war es auch politisch bedingt: im April 2017, kurz vor unserem ersten Besuch in Skopje, stürmte und verwüstete ein aufgebrachter Mob das Parlament während einer Sitzung. Aufgrund der Wahl eines albanisch-stämmigen Parlamentspräsidenten kam es zu Ausschreitungen durch nationalistische Anhänger. Dieser Vorfall zeigt, dass es dringend nötig ist, in der breiten Öffentlichkeit die Rolle der Legislative im Prozess der Demokratisierung bekannt zu machen und das Parlament dem Volk näher zu bringen.



Gespräch von Parlamentsmitgliedern mit Gruppe von MittelschülerInnen
Foto Nordmazedonisches Parlamentsinstitut (PI)

Die oben genannten Punkte sowie die Empfehlungen seitens der PD wurden von den Mitarbeitenden des PI beherzt aufgenommen. Bereits beim ersten Besuch unserer Delegation in Skopje im Mai 2017 konnte uns das kleine Team der Öffentlichkeitsarbeit und politischen Bildung des PI die neuesten Entwicklungen und Projekte vorstellen: So wurden die angebotenen Führungen besser an die verschiedenen Zielgruppen angepasst und inhaltlich etwas aufgelockert (story telling). Workshops zur politischen Bildung für Schülergruppen verschiedenster Bildungsstufen wurden entwickelt und teilweise schon angeboten. Geplant war auch ein neuer Workshop „Children's Parliament“ sowie vermehrte öffentlichen Führungen.

Beim zweiten Besuch der nordmazedonischen Delegation in Bern im November 2017 konzentrierte sie sich vor allem auf die Möglichkeiten, die interne Webseite für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu nutzen sowie sich über die Einführung eines Online-Reservationssystems zu informieren. Sie lernte kennen, wie die Schweizer Bevölkerung

das Parlament während der Sessionen besuchen kann, ebenso das von den Parlamentsdiensten neu angebotene Polit-Spiel für Schulklassen „Mein Standpunkt“ und den auf der Webseite des Parlaments angebotenen virtuellen Rundgang durch das Parlamentsgebäude.

Bei unseren Besuchen im März und Dezember 2018 in Skopje sahen wir, was das Team des PI in kürzester Zeit bereits umgesetzt hatte oder im Begriff war umzusetzen. Führungen und Workshops für verschiedenste Zielgruppen wurden erheblich erweitert und für die Anmeldungen wurde ein gut funktionierendes Online-Reservationssystem eingerichtet. Ein virtueller Rundgang, nach dem Vorbild aus Bern, war bereits aufgeschaltet, inklusive Video einer realen Führung für all diejenigen, die sich eine Reise nach Skopje nicht leisten können. Zudem ist ein Quiz für verschiedene Wissensstufen, das auch in Schulen verwendet werden kann, auf der Webseite abrufbar und mit zusätzlichen Informationskanälen vernetzt. Eine Informationsbroschüre für Blinde in Braille-Schrift, ebenfalls nach dem Vorbild aus Bern, wurde erstellt und bereits Besuchstage exklusiv für Sehbehinderte anberaumt. Das Planspiel „Mein Standpunkt“ wurde übernommen, auf die eigenen Bedürfnisse angepasst und Anfang März dieses Jahres zum ersten Mal erfolgreich durchgeführt.

Und besonders bemerkenswert: die Distanz zwischen Besuchergruppen und Mitgliedern des Parlaments wurde eindeutig verringert. Nach vorerst spontanen und von beiden Seiten sehr geschätzten Aufeinandertreffen von Besuchern und Parlamentsmitgliedern, finden nun auch organisierte Austausche statt. Solche Treffen werden auf Video aufgenommen und im öffentlichen Fernsehen ausgestrahlt, wie auch die Videos der Schüler-Workshops und aller neu eingeführten Angebote. Die sehr Fernseh-affine Bevölkerung in Nordmazedonien kann somit erreicht und ihr Interesse an der Arbeit des Parlaments geweckt werden.

Fazit: Die Zusammenarbeit der Schweizer Parlamentsdienste mit dem Team des PI war äusserst motivierend und erfolgreich. Was dank enormem Engagement in Skopje in den vergangenen Jahren umgesetzt wurde, ist schlicht bemerkenswert und ein schönes Beispiel für die Nützlichkeit einer solchen interparlamentarischen Kooperation. Die Zusammenarbeit hat sich auch für das Team aus Bern als sehr lehrreich und bereichernd erwiesen - für beide Seiten eine absolute Win-win-Situation!

Catherine Ochsenbein

DIE NAMENSÄNDERUNG DER REPUBLIK NORDMAZEDONIEN

Anfang dieses Jahres konnte der grosse Konflikt um den Namen «Mazedonien» beigelegt werden. Nun haben sich diesem aufstrebenden Staat in internationaler Hinsicht viele neue Perspektiven eröffnet. In der noch jungen Geschichte des Landes wies zuvor nichts auf eine rasche Beseitigung des Konflikts hin.



Der griechische Premierminister Tsipras und sein nordmazedonischer Amtskollege Zaev Bild commons.wikimedia.org

Am 15. September 1991 erklärte sich die Teilrepublik Mazedonien im Verlaufe des Zerfalls von Jugoslawien für unabhängig. Der Name «Republik Mazedonien» und die verwendete Flagge mit dem Stern von Vergina wurden eingeführt. Dies führte jedoch umgehend zu einem grossen Konflikt mit dem südlichen Nachbarn Griechenland. Griechenland sah im makedonischen Herrscher Alexander dem Grossen eine historische Figur des antiken Griechenlands und war nicht einverstanden, dass ein anderes Land dieses historische Erbe für sich beansprucht. In der Folge wurde dem neuen Land die internationale Anerkennung verwehrt. Eine zwischenzeitliche Beruhigung konnte nur mit Hilfe der Vereinten Nationen erreicht werden, als sich die verschiedenen Parteien auf den Namen «Former Yugoslav Republic of Macedonia» (FYROM) einigten. Dadurch konnte der Staat Mitglied der Vereinten Nationen werden. Allerdings blockierte Griechenland weiterhin eine Aufnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowohl in die EU als auch in die NATO und machte seine Zustimmung von einer Lösung der Namensfrage abhängig.

Die Jahre vergingen und die Regierungen der beiden Länder hielten stur an ihren Standpunkten fest. Erst in jüngster Vergangenheit als sich die beiden Ministerpräsidenten aus Griechenland, Alexis Tsipras, und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Zoran Zaev, engagierten, konnten die diplomatischen Bemühungen um die Beilegung des Namensstreits vorangetrieben werden, mit tatkräftiger Unterstützung der EU. Im

Juni 2018 einigten sich beide Ministerpräsidenten auf den Namen «Republik Nordmazedonien» und bereits drei Monate später wurde in Nordmazedonien darüber ein Volksreferendum abgehalten. Der neue Name wurde zwar angenommen, allerdings nur mit 37% Stimmbeteiligung. Obwohl das Minimum von 40% Beteiligung nicht erreicht worden war, ermutigte die EU die beiden Staaten, die Genehmigung in beiden Parlamenten voranzutreiben. Schliesslich stimmten beide Parlamente der Namensänderung im Januar 2019 zu. Die Namensänderung trat am 12. Februar 2019 offiziell in Kraft.

Am 5. Mai fanden in Nordmazedonien die Präsidentschaftswahlen statt. Sie galten als Stimmungstest in Bezug auf die Namensänderung und die neue eingeschlagene Richtung hin zu einer Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Der sozialdemokratische Kandidat Stevo Pendarovski konnte sich gegenüber der parteilosen, von der nationalkonservativen Partei unterstützten Kandidatin Gordana Siljanovska-Davkova durchsetzen. Der Ausgang der Wahl wurde als Bestätigung der Namensänderung und der prowestlichen Politik interpretiert. Diesmal wurde die minimale Stimmbeteiligung mit 46,7 Prozent übertroffen und laut dem ODIHR-Wahlbeobachtungsbericht verlief alles rechtens. Der neue Präsident will nun die Gunst der Stunde nutzen und die internationale Integration Nordmazedoniens fortführen. Dieser sollte nun nichts mehr im Wege stehen. Die EU-Kommission liess verlauten, dass sie noch dieses Jahr mit den Beitrittsgesprächen starten wolle. Ebenso bestätigte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass eine Aufnahme Nordmazedoniens ins Bündnis nun vollzogen werden könne.

Mit dieser Entwicklung konnte der jahrelange Konflikt zwischen Nordmazedonien und Griechenland dank der Bereitschaft der Regierungen und Parlamentsmehrheiten beider Länder bereinigt werden. Sie zeigt genauso deutlich auf, wie fundamental die Rolle von internationalen Organisationen wie der UNO, der EU und der OSZE ist.

Nicholas Rüegg

ALS WAHLBEOBACHTERIN UND MENSCHENRECHTSEXPERTIN DER PV OSZE IN DER UKRAINE

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine haben zu einem Erdrutschsieg von Präsident Zelenskyi gegen den bisherigen Präsidenten Poroschenko geführt. Die Wahlen sind nach Auffassung der OSZE-WahlbeobachterInnen einigermaßen korrekt abgelaufen. Verbesserungsbedarf besteht aber. Die Situation der Zivilbevölkerung im Osten der Ukraine ist wegen des Kriegs inakzeptabel. Der ständige Menschenrechtsausschuss der Parlamentarischen Versammlung der OSZE verlangt dringend, dass die – in den Minsker Abkommen von drei Seiten unterzeichnete – Waffenruhe umgesetzt wird und das humanitäre Völkerrecht sowie die Menschenrechte respektiert werden.



NR Margret Kiener Nellen mit einem Mitglied des Wahlkomitees von Kramatorsk

Bild Guido Almerigogna

Als Wahlbeobachterin für die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV OSZE) erlebte ich die beiden Wahlgänge für die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 31. März sowie am 21. April 2019 vor Ort mit.

In Kiev erhielten die WahlbeobachterInnen eine zweitägige Einführung zu den Wahlgesetzen, den Themen und dem Verlauf der Wahlkampagnen. Mittels Referaten, Podien mit staatlichen Behörden sowie Nichtregierungsorganisationen und Medien sowie durch eine persönliche Vorstellungsrunde der KandidatInnen oder ihrer Kampagnenleitung konnten wir uns mit den Rahmenbedingungen vertraut machen.

Am Samstag ging es dann an die Einsatzorte. Meinem Team wurde Kramatorsk zugewiesen, eine Stadt, welche mit sechsständiger Zugfahrt nach Osten gut erreichbar ist. Sie liegt rund 50 km westlich der Front.

Am Wahltag waren wir eine halbe Stunde vor Öffnung im ersten Wahllokal. Unsere Aufgabe war es, anhand von detaillierten Fragebögen die Einhal-

tung des nationalen Wahlrechts sowie der OSZE- und internationalen Standards festzustellen. Identitätskontrollen, Stimmabgabe und Auszählung liefen in Kramatorsk sowie in den Dörfern rundherum, die wir besuchten, speditiv und professionell ab.

Die Zusammenarbeit mit den Wahlkomitees war gut. Immer wieder fragten sie uns: Was tut ihr, um diesen scheusslichen Krieg zu beenden?

Schwierigkeiten stellten sich hingegen bei der Registrierung der Wahlberechtigten sowie beim generellen Wahlrecht für mündige ukrainische Staatsangehörige. Nicht nur mussten sich alle intern Vertriebenen für den zweiten Wahlgang erneut registrieren lassen, was deren Beteiligung klein hielt. Rund 3 Millionen ukrainische Staatsangehörige im vorläufig besetzten Donbass nahmen mangels Wahllokale sowie beschwerlichster Reisen zu den Wahllokalen westlich der Front an den Wahlen nicht teil.

Verbesserungsbedarf besteht auch bei Gesetzeslücken für den zweiten Wahlgang, bei der Zugänglichkeit der Wahllokale für Mobilitätseingeschränk-

te, sowie bezüglich Wahlmöglichkeiten von ukrainischen Staatsangehörigen im Ausland.

Für die konsolidierten Erkenntnisse und Empfehlungen verweise ich auf den Schlussbericht der OSZE, publiziert auf www.osce.org.



NR Margret Kiener Nellen mit Kyriakos Hadjiyianni, Parlamentarier von Zypern und mit Dolmetscher Bild Guido Almerigogna

Die Wirksamkeit der OSZE-Wahlbeobachtung beurteile ich als sehr positiv. Viele Wählerinnen und Wähler zeigten sich erfreut, dass ausländische Parlamentsmitglieder aus den 56 anderen OSZE-Ländern in den Wahllokalen präsent waren und alle Stadien der Wahlen kritisch beobachteten. Verbessert werden kann sicher die „Nach-Betreuung“ der Behörden, damit die OSZE-Empfehlungen bei nächsten Wahlen möglichst umgesetzt werden.

Nach dem Erdrutschsieg von Präsident Zelensky gegen den bisherigen Präsidenten Poroschenko werden die Karten am 21. Juli auch für das ukrainische Parlament neu gemischt. Spannender könnte die Ausgangslage für diese Parlamentswahlen nicht sein. Die PV OSZE wird auch diese Wahlen beobachten.

Dringender Handlungsbedarf für Waffenruhe und Menschenrechte

Als Vorsitzende des ständigen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen der PV OSZE leitete ich im Dezember 2018 und im Juni 2019 Menschenrechtsmissionen in die Ostukraine.

Die Situation ist inakzeptabel: Beide Seiten verletzen mit andauernden Kampfhandlungen die Minsker Abkommen sowie das humanitäre Völkerrecht. Die Ukraine ist eines der am stärksten verminten Länder der Welt. Sie verzeichnet seit drei Jahren weltweit am meisten Minenopfer sowie nach Afghanistan und Syrien am meisten Kriegsoffer.

Mit bloss fünf Übergängen auf der über 400km langen Frontlinie wird die Bewegungsfreiheit der

Bevölkerung krass eingeschränkt. Bei grösster Hitze und Kälte müssen die pensionierten Menschen aus dem Donbass alle zwei Monate 1,5 km zu Fuss über die prekäre Fussgängerbrücke bei Stanytsia Luhanska, und sich zudem als „intern Vertriebene“ registrieren lassen, um ihre Altersrente von 50 Euro pro Monat weiterhin zu erhalten. Monatlich gibt es 150-200 Personen, die auf dieser Brücke kollabieren, und keine Ambulanz hat Zugang. 2019 wurden allein im regierungskontrollierten Gebiet bereits 11 Todesfälle registriert!

Daher riefen wir vom PV OSZE-Menschenrechtsausschuss anfangs Juni öffentlich alle Beteiligten auf, diese Brücke umgehend zu reparieren sowie weitere Brücken zu entminen, zu sanieren und wieder für den Verkehr freizugeben.



Zerstörte Brücke bei Stanytsia Luhanska Bild OSZE PV

Zur gleichen Zeit brachte die Schweizer DEZA unter der Leitung von Dieter Dreyer einen Konvoi von 140 Lastwagen mit 410 Tonnen humanitärer Hilfe in die Ostukraine – vor allem medizinisches Material für Spitäler sowie Chemikalien für die Trinkwasseraufbereitung (srf Tagesschau berichtete).

Es besteht dringender Handlungsbedarf für den Rückzug der schweren Waffen und eine Waffenruhe, die von beiden Seiten eingehalten wird. Es ist zu hoffen, dass die verschiedenen Aktivitäten der OSZE noch stärker beitragen können, dass das Leiden der Bevölkerung im Osten der Ukraine aufhört und der Krieg ein Ende nimmt.

Margret Kiener Nellen, Nationalrätin

SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg
Vermerk Spende / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

SHV-VORSTAND

Christoph Lanz, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*
christoph.lanz@shv-ch.org

Malcolm Maclaren, Dr.iur., Privatdozent Universität Zürich, *Vizepräsident*
malcolm.maclaren@uzh.ch

Mario Andermatt, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter UVEK
andermatt.mario@gmail.com

Olivier Battaglia, B.C. Industrial and Organisational Psychology, dipl. Wirtschaftsinformatiker, CISA, CIA, CGAP, Grossrat Basel-Stadt, *Quästor*
olivier.battaglia@gmail.com

Cécile Blaser, M.A. Europastudien, Diplomassistentin des Fachbereichs Europastudien der Universität Fribourg
cecile.blaser@unifr.ch

Fabian Hunold, lic.phil., Diplomat
fabianhunold@gmail.com

Marie-Ursula Kind, lic.iur., LL.M., stud. theol., ehemalige Juristische Mitarbeiterin am ICTY
marie.ursula.kind@gmail.com

Berry Kralj, lic.iur., Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section, Caritas Schweiz
berrykralj@bluewin.ch

Daniel Müller, M.A. Europastudien, Redaktor
daniel.mueller2@unifr.ch

Franziska Rich, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Institut G2W-Ökumenisches Forum - *franziska.rich@gmail.com*

Nicholas Rüegg, B.A. in Übersetzung und mehrsprachiger Kommunikation, Mitarbeiter Parlamentsdienste PD
nicholas.rueegg@unifr.ch

Hanspeter Spörri, Journalist und Moderator
h.spoerri@bluewin.ch

Rolf Stücheli, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA
roky.stuecheli@bluewin.ch

Hans Martin Tschudi, Dr.iur., ehem. Regierungsrat BS, Senior Counsel, TSCHUDI. Rechts- & Unternehmensberatung
tschudi@tschudi-law.ch

EHRENPRÄSIDIUM

Marianne von Grünigen, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

SHV-Sekretariat, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg
062 888 01 75, *info@shv-ch.org*; *www.shv-ch.org*

JAHRESVERANSTALTUNG

**Mittwoch, 4. September 2019, 18.00 – 20.00 Uhr in Bern
Restaurant Schmiedstube, 1. Stock, Schmiedenplatz 5**



Hauptreferentin NR Nadine Masshardt

NATIONALRATS- UND STÄNDERATSWAHLEN 2019: TRANSPARENZ, VORBEREITUNG, FRAUENVERTRETUNG. ENTSPRECHEN SIE DEN OSZE-STANDARDS?

Nadine Masshardt, Nationalrätin

Transparenz bei NR- und SR-Wahlen, weitere Aspekte aus Sicht einer wieder kandidierenden Nationalrätin

Barbara Perriard, Leiterin Sektion Politische Rechte, Bundeskanzlei

Vorbereitung der NR-Wahlen. Wie gewährleistet die Bundeskanzlei die Fairness der Wahlen?

Jessica Zuber, Projektleiterin bei alliance F

Frauenvertretung in der Bundesversammlung. Zivilgesellschaftliche Initiative „Helvetia ruft“

Diskussion unter den Referentinnen und mit dem Publikum

Leitung: Christoph Lanz, Präsident der SHV